

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M., Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 61, Urbanstr. 178. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf., Plagvoorschüssen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biforiastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

## Die Bergarbeiter feiern mit am 1. Mai.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterklasse in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier leistungsvoll zu beteiligen.

Der Bundesausschuß erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitslosen Massen und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstschmälerung für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

Ebenso dringlich ist es, daß die Bemühungen der Regierung um Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck weitergefördert werden. Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, diese Bemühungen mit allen Kräften zu unterstützen.

## Aufbruch zum Sozialismus.

Als Bergarbeiter bilden wir im Rahmen des gesamten Volkes nur eine Berufsschicht. Unsere Wünsche und Forderungen sind daher nicht ausschlaggebend für die Gestaltung und Neuordnung der deutschen Wirtschaft. Das haben wir im Laufe unserer mehr als vierzigjährigen Verbandsarbeit sehr oft erfahren. Besonders bei gesetzgeberischen Maßnahmen kommt es nicht allein auf unseren Willen und unsere Wünsche an. Hier entscheiden vor allem die Ziele der staatlichen Machthaber.

Wenn wir als Bergarbeiter somit in der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik auch keine ausschlaggebende Rolle spielen, so darf man andererseits doch nicht verkennen, daß unsere sozial- und wirtschaftspolitischen Willensäußerungen nicht bedeutungslos sind. Mindestens ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger als die Forderungen und Ratschläge von einigen hundert Zechenherren müssen der Regierung die Wünsche der Bergarbeiter sein. Weit mehr als einige hundert Unternehmerstimmen wiegen die der fünf- bis sechshunderttausend Bergarbeiter, die als nützliche Werteschaffer mit ihren Familien einen wertvollen Teil des Volksganges bilden.

Über noch aus einem anderen Grunde verdienen die Wünsche der Bergarbeiter größte Beachtung. Der Bergbau ist ein Wirtschaftszweig, in dem die kapitalistische Entwicklung ihren Anfang nahm, in dem die Entfaltung der industriellen Großbetriebe und Riesenunternehmen ein Höchstmaß erreichte. Der Bergbau ist ein Berufszweig, wo die Lösung der Arbeiterfrage gleichbedeutend mit der Lösung des sozialen Problems überhaupt ist. Um dafür nur einige Beispiele zu erwähnen: Die jahrhundertalte bergmännische Sozialeinrichtung, die Knappschaft, wurde zum Vorbild der deutschen Sozialversicherung. Die Arbeiterausschüsse und das Sicherheitsmännerystem gelten als Vorläufer des Betriebsrätewesens. Die bergbaulichen Arbeitskammern, die Kohlenwirtschaftsorgane usw. sind in gewissem Sinne berufsständische Organe. Das System der Grubenkontrollen dürfte die fortschrittlichste Stufe im gewerblichen Aufsichtswesen überhaupt sein. Diese Beispiele genügen, um zu zeigen, daß die Arbeits- und Sozialordnung im Bergbau tatsächlich von grundlegender und wegweisender Bedeutung für die Stellung des deutschen Arbeiters im wirtschaftlichen und sozialen Leben gewesen ist. Das wird auch in Zukunft so sein, weil die kapitalistischen Entwicklungstendenzen im Bergbau am stärksten ausgeprägt und die sozialistischen Lösungsvorschläge daher am dringlichsten sind.

So stand zum Beispiel am Anfang der kapitalistischen Entwicklung der Kampf um das Privateigentum an Bodenschätzen. Immer noch wird viel zu wenig beachtet, daß bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts die deutschen Bodenschätze, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ausschließlich dem Staate gehörten. Auch die Gewinnung der bergbaulichen Produkte war bis dahin weitgehend dem Staate unterstellt. Erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurde die Bergbaufreiheit und damit die privatkapitalistische Ausbeutung der Bodenschätze in Deutschland eingeführt.

Diese Wandlungen vom öffentlichen, staatlichen, zum privaten Bergbaubefehl erschienen uns heute absolut unverständlich. Sie können auch nur aus der damaligen Zeit heraus verstanden werden. Die liberalistischen Wortführer der damals aufstrebenden kapitalistischen Klasse vertraten nämlich den Standpunkt, nur das private Eigentum an Bodenschätzen und eine völlig vom Staate unabhängige Wirtschaftsfreiheit könne den notwendigen Fortschritt garantieren. Nur ein rückwärtsgerichtetes Egoismus — so lehrte man weiter —, ein Kampf aller gegen alle würde die wirtschaftlichen Allgemeininteressen am meisten fördern. Die Vertreter des privatkapitalistischen Eigentumsgefühls gingen sogar so weit, im Zeichen der Wirtschaftsfreiheit ein „goldenes Zeitalter“ zu versprechen. Mit welcher Entschiedenheit besonders Bergbauvertreter um die

Privatisierung des Bergbaues kämpften, beweist an Hand zahlreicher und lehrreicher Beispiele Otto Hue in seinem Standardwerk über die Bergarbeitergeschichte.

Die fortschrittlichen Hoffnungen, die man damals an die Bergbaufreiheit und die privatwirtschaftliche Eroberung des Bergbaues knüpfte, erfüllten sich nicht. Das freie Spiel der Kräfte führte sehr bald zu einer grenzenlosen Ausbeutung der Bergarbeiter, zu steigenden Unfallziffern und Elendszuständen, zu sozialen Kämpfen und Unruhen.

Nach dem großen aufsehenerregenden Bergarbeiterstreik im Jahre 1889 versuchten die Bergarbeiter, durch die Schaffung einer gewerkschaftlichen Organisation die schädlichen Auswüchse der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung zu beseitigen. Das war auch, wie die erfolgreiche Geschichte unseres Verbandes beweist, bis zu einem gewissen Grade möglich. Aber trotz aller Erfolge auf wirtschaftlichem, rechtlichem und sozialem Gebiete haben die freiorganisierten Bergarbeiter das Endziel ihrer Bestrebungen immer in der Verstaatlichung oder Nationalisierung des Bergbaues gesehen. Man beachte nur den ersten Paragraphen unseres Verbandsstatuts, in dem es u. a. heißt: „Der Verband hat die Aufgabe, unter Wahrung der Gemeinschaftsinteressen die Lebenshaltung seiner Mitglieder auf einen so

### Zum 1. Mai

*Wir sind es, die die Arbeit ehren,  
Die Arbeit, die uns alle nährt,  
Die Arbeit, der wir viel entbehren,  
Die Arbeit, die den Wohlstand mehrt.  
Sie formt den Stoff, sie baut, gestaltet,  
Erforscht die Rätsel der Natur,  
Sie ist es, die die Welt verwaltet,  
Sie ist der Grundstein der Kultur.*

*Die Arbeit gibt uns Kraft zum Leben,  
Gibt uns ein Ziel, das uns beglückt,  
Treibt uns zu sozialem Streben,  
Wenn uns des Daseins Not bedrückt.  
Die Achtung, die man allerwegen  
Gewährt dem schaffenden Verstand,  
Gebührt auch der so fleißig regen  
Und schöpferischen Arbeitshand.*

*Drum sei dem Werkmann, der die Erde  
Wie Atlas auf dem Rücken trägt,  
Für alle Mühe und Beschwerde  
Ein Maistrauß auf den Tisch gelegt.  
So mag der 1. Mai verkünden  
Sein Werk mit hellstem Sonnenschein!  
Der 1. Mai soll hoch in Ehren  
Als Tag der Arbeit heilig sein!*

Victor Kohnowski.

hohen Stand zu bringen, daß sie entsprechend ihrer gemeinschaftlichen Bedeutung an den Errungenschaften der Kultur teilhaben können. Der Verband unterstützt auch solche Bestrebungen und Maßnahmen, die auf restlose Beseitigung der privatkapitalistischen Ausbeutung der Arbeitskräfte und der bergbaulich gewinnbaren Bodenschätze gerichtet sind.

Dieser Zielsetzung entsprechend wurde schon in der Vorkriegszeit auf unseren Verbandstagen die Verstaatlichung des Bergbaues erörtert und gefordert. Schon damals erkannten die freiorganisierten Bergarbeiter, daß die Lösung der Arbeiterfrage im Bergbau nur durch die Entprivatisierung gelöst werden könne. Schon damals schälte sich klar heraus, daß die bergmännische Entproletarisierung nur durch eine Nationalisierung der Bodenschätze und der bergbaulichen Gewinnungsmittel gelöst werden kann. Es wurde schon auf die sprunghafte Entwicklung der Großbetriebe und Riesenunternehmen im Bergbau verwiesen. Diese Konzentration führte schon lange vor dem Krise dazu, daß auch der tüchtigste und strebsamste Bergmann nicht mehr zum Mitbesitzer werden oder gar eine wirtschaftliche Selbständigkeit erlangen konnte. Inzwischen hat dieser Konzentrationsprozeß neue Fortschritte gemacht. So wird die Kohlenproduktion im größten deutschen Bergbaugbiet, im Ruhrrevier, heute nur noch von wenigen Kapitalgesellschaften beherrscht. Zwischen Bergmannsarbeit und Bergwerksbesitz besteht infolgedessen eine große Kluft. Diese Kluft zwischen Arbeit und Besitz kann nun nicht durch persönliche Tüchtigkeit des einzelnen überbrückt werden. Sie kann auch nicht durch das System der Kleinaktien und ähnliche Reformversuche überwunden werden. Der bergbauliche Großbetrieb ist und bleibt ein unteilbares Ganzes. Er kann entweder nur wenigen Privatleuten, Großaktionären usw. oder nur der Gesamtheit, der Nation, dem Staate gehören.

Wenn der private Eigentumsgehalt an Bodenschätzen und Bergwerksbesitz überhaupt jemals Sinn und Berechtigung hatte, dann nur so lange, als jedem tüchtigen und strebsamen Arbeiter die Möglichkeit zur Erlangung privaten Besitzes offenstand. In dem Augenblick aber, wo Hunderttausende und Millionen von wertvollen Volksgenossen zu dauernder Besitzlosigkeit verurteilt sind, weil die Größenverhältnisse der modernen Kollektivwirtschaft eine private Besitzaufteilung nicht mehr zulassen, in dem Augenblick hat der privatkapitalistische Eigentumsgehalt jede moralische Berechtigung verloren. Zu der gleichen Schlußfolgerung führen auch nationale und staatspolitische Erwägungen. Solange der Arbeiter auf Grund des privatkapitalistischen Besitzrechtes das Gefühl hat, für die Dividenden der Großkapitalisten schuften zu müssen, wird er seine Arbeit nie restlos als Dienst an der Nation, am Volksgange betrachten. Diese zwiespältige Haltung kommt in beachtlicher Weise in einem sehr bemerkenswerten Lösungswort des französischen Bergarbeiterverbandes zum Ausdruck: „Nichts für die Parasiten, alles für die Nation!“ Das ist die Parole der französischen Bergarbeiter, die auch jeder deutsche Bergarbeiter unterschreibt. Wer die Geschichte unseres Verbandes und seine programmatischen Neußerungen kennt, wird bestätigen, daß die organisierten deutschen Bergarbeiter von ihrer Arbeit nie eine andere Auffassung hatten.

Alles für die Nation, nichts für die Parasiten und egoistischen Sonderinteressen, das ist eine neue politische Lösung in Deutschland geworden. Wer in dieser starken Hervorhebung sozialer Gesichtspunkte im Rahmen des nationalen Allgemeinwohls nur ein zufälliges Schlagwort sehen sollte, befindet sich in einem gewaltigen Irrtum; der vergißt, daß die deutschen Wähler, die in ihrer übergroßen Mehrheit aus Arbeitnehmern bestehen, in den wiederholten politischen Wahlkämpfen sich ganz eindeutig im sozialistischen und antikapitalistischen Sinne entschieden haben. Besonders der Volksentscheid vom 5. März zeigt, daß 90 Prozent der deutschen Wähler nicht privatkapitalistisch, sondern nach sozialistischen Gesichtspunkten regiert werden wollen. Alle politischen Parteien, die gemäß ihrem Programm den großkapitalistischen Eigentumsgehalt vertreten, haben eine schwere Niederlage erlitten. Nicht die großkapitalistischen Besitz- und Gewinninteressen, sondern das Wohl des Volkes soll nach diesen Wahlergebnissen die Richtschnur der politischen Regierungskunst sein.

Wir als freiorganisierte Bergarbeiter begrüßen diesen sozialistischen Aufbruch des deutschen Volkes, denn durch den antikapitalistischen Volksentscheid vom 5. März sind erstmalig machtpolitisch die Voraussetzungen für eine Erfüllung unseres sozialistischen Zieles geschaffen worden. Die erfreuliche Tatsache, daß die neue Regierung den 1. Mai zu einem Nationalfeiertag erklärt hat, läßt darauf schließen, daß sie sich ernsthaft als Vollstreckerin des sozialistischen Sehns und Wollens der deutschen Wähler erweisen will. Erfüllt sich diese Hoffnung, werden unter dem neuen Regierungskurs die Industrieländer, Bankfürsten und Großagrarier entthront und dadurch die Tore für eine wahre sozialistische Volksgemeinschaft geöffnet, dann wird das Jahr 1933 nicht nur in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung, sondern in der Menschheitsgeschichte einen entscheidenden unvergessenen Wendepunkt bedeuten.









# Die Gleichhaltung der Unternehmerverbände.

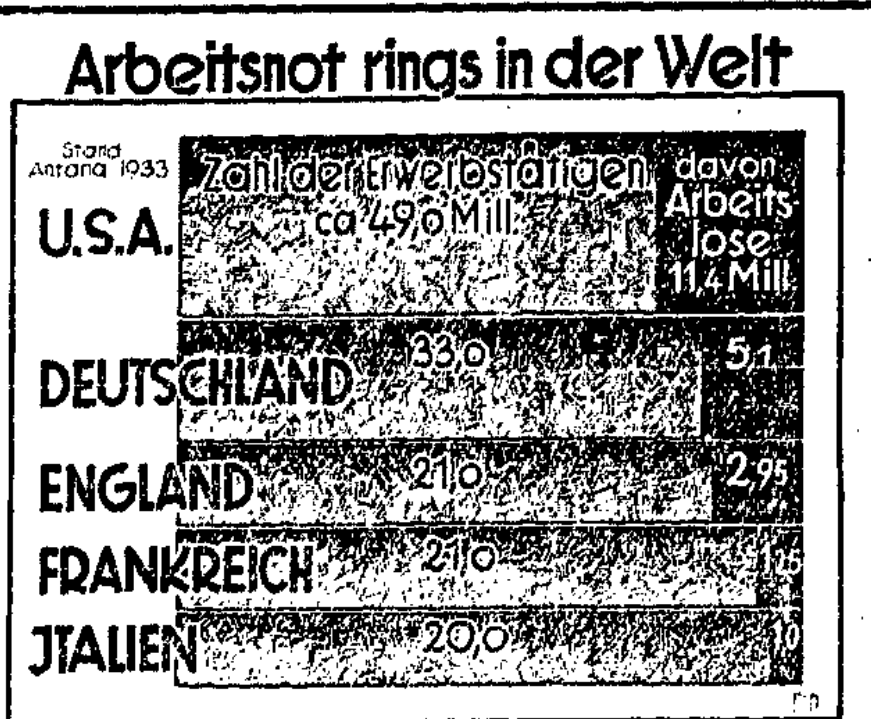
In den letzten Wochen ist in den deutschen Unternehmerverbänden ein grundsätzlicher Wandel erfolgt. Große Verbände haben sich unter dem Druck der politischen Ereignisse vollständig umgeformt. Vertreter der RSDAP sind in die Leitung von großen und kleinen Wirtschaftsorganisationen berufen worden. Der langjährige Generalsekretär des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat K. A. S. I., ist zurückgetreten und ein Vertreter der RSDAP hat seine Stelle eingenommen. Der Langnamverein, seine große Unternehmerorganisation in Westdeutschland, hat ebenfalls dem Zuge der Zeit folgend wichtige organisatorische Maßnahmen getroffen. Unter anderem sollen Fachschaften errichtet werden, in die auch Vertreter der Arbeiterschaft gelangen. Auch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat sich vollständig umgestellt. Die wirtschaftliche Organisation der RSDAP hat maßgebenden Einfluß auf die Führung dieser Handelsorganisation erlangt. In den Industrie- und Handelskammern und anderen Unternehmerorganisationen sind ähnliche Vorgänge zu verzeichnen. Vorläufig scheint es sich noch um einen Anfang zu handeln. Alles deutet darauf hin, daß der Verbandsapparat der Unternehmer eine grundlegende Umgestaltung erfahren soll.

Dies gibt uns Veranlassung, grundsätzlich auf die Dinge einzugehen. Mehr als in jedem anderen Lande ist in den letzten Jahrzehnten in Deutschland ein Organisationsapparat entstanden, der uns als sehr überflüssig erscheint. Nach dem letzten Jahrbuch der Berufsverbände bestanden im Bereiche der Organisationen der Unternehmer 1476 Reichsverbände, 2157 Landes- und Bezirksverbände und etwa 3000 Ortsverbände. Dieser ungeheure Organisationsapparat ist erst in den letzten Jahren so mächtig in die Breite gewachsen. Gab es doch 1909 erst 73 Reichsverbände und 402 Landes- und Bezirksverbände. Letztere haben eine Steigerung um das Fünffache und erstere eine solche um das Zwanzigfache erreicht. Daneben verfügte das deutsche Unternehmertum über ein einmaliges Netz von Kartellen, Anningen, Handelskammern, Handwerkskammern u. a. Verbänden. Wenn man sich dies alles durch den Kopf gehen läßt, so muß auch der Laie zu der Ueberzeugung kommen, daß hier eine Ueberwucherung des Organisationsgedankens eingetreten ist. Es braucht nicht näher erwiehelt zu werden, daß dieser Verbandsapparat ungeheure Kosten erfordert. Es würde für die deutsche Volkswirtschaft sehr nützlich sein, wenn durch einen umfassenden Umbau Ersparnisse zu erzielen sind.

Die Reichsregierung und mit ihr die maßgebenden Leute der RSDAP scheinen durch ihren Einfluß auf die Unternehmer-

organisationen die zahlreichen Reibungen beseitigen zu wollen, die innerhalb des Wirtschaftslebens bestehen. Dabei darf man sich aber keiner Täuschung hingeben, daß hier ungeheure Widerstände überwunden werden müssen. Unter den Unternehmerorganisationen gibt es solche mit monopolartigem Charakter. Wir nennen hier den Kohlenbergbau, die Schweißindustrie und die chemische Industrie, um nur die wichtigsten anzuführen. Namentlich auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlindustrie bestehen schier unüberwindliche Gegenkräfte. Die „Interessengemeinschaft der konzernfreien Eisenwirtschaft“ und Organisationen ähnlichen Charakters haben der Reichsregierung Forderungen vorgetragen, wie die sofortige Beseitigung der Umsatzsteuerfreiheit der Konzernwerke, sofortige Aenderung der Syndikatsbestimmungen der Rohstahlgemeinschaft, Schaffung gleicher Einkaufspreise für Kohle, Koks, Ferngas und Elektrizität für freie und Konzernwerke usw. Mit derartigen Wünschen geraten die verarbeitenden Betriebe in die direkte Gegnerschaft mit den Organisationen der Schweißindustrie. Die Reichsregierung hat den verarbeitenden Werken durch den Staatssekretär Dr. Bang weitgehende Hilfe zugesagt. Es wird sich nun in der Praxis erweisen, inwieweit derartige Gegenkräfte im Bereiche der Unternehmerorganisationen ausgeglichen werden können.

Grundsätzlich stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Staat das Recht und die Pflicht hat, in die Produktions- und Verteilungswirtschaft einzugreifen. Die Monopolorganisationen der Unternehmer haben für sich weitgehend die Freiheit in Anspruch genommen. Daß schon allein durch das Bestehen solcher Gebilde die Gewerbefreiheit in ihr Gegenteil verandelt wurde, brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen. Wer sich wie wir zum Organisationsprinzip bekennet, muß es begrüßen, daß die Organisationen der Wirtschaft den Gesamtinteressen des Volkes untergeordnet werden. Wenn also die Reichsregierung und die ihr nahestehenden Verbände bestrebt sind, eine Regelung auf dem Gebiete der Wirtschaft vorzunehmen, so wird dies von breitesten Kreisen der Arbeiterschaft gebilligt. Bei den Organisationen der Unternehmer handelte es sich nicht wie bei den Gewerkschaften um vollständig freie Organisationen, sondern sie sind meistens unter wirtschaftlichem Druck zustande gekommen. Der Umbau der Unternehmerverbände nach der Richtung der Gesamtinteressen des Volkes ist eine Herkulesarbeit, aber auch eine Notwendigkeit, die namentlich in solchen Krisenzeiten gebilligt werden muß.



**Die Arbeitslosen der wirtschaftlichen Staaten.**  
 Noch immer werden in den Staaten mit europäischer Bevölkerung etwa 25 Millionen Arbeitslose auf der ganzen Welt gezählt. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man schätzt, daß in Europa und Amerika rund ein Fünftel der Bevölkerung ohne regelmäßiges Arbeitsentkommen ist. Der Rückgang der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre wird einem am besten klar, wenn man sich diese Tatsachen überlegt, daß ein Fünftel der Menschen zwar lebt, aber nicht arbeiten darf um Werte für die Menschheit zu schaffen. In Deutschland ist der erste Schritt getan, einen Ausweg aus dieser Art zu finden, indem das deutsche Volk sich in überwältigender Mehrheit hinter die nationale Regierung stellte und wieder damit alle Vollmachten zum tatkräftigen Handeln zum besten der Nation gab. Es würde vieles leichter geben, wenn sich dieser feste Wille der deutschen Regierung auf der Weltwirtschaftskonferenz auch auf die Staatsmänner der anderen Regierungen übertragen würde.

## Die Weltarbeitslosigkeit im Jahre 1933.

Soweit die dem Internationalen Arbeitsamt für die Monate Januar, Februar und März 1933 vorliegenden Zahlen erkennen lassen, ist eher eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den gleichen Monaten des Vorjahres eingetreten. Der Vergleich der Zahlen vom Winter 1931-32 zu dem 1932-33 zeigt für die meisten Länder ein Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen. Eine Steigerung ist festzustellen in Chile von 116 Prozent, in Estland und Schweden von 77 Prozent, in der Tschechoslowakei von 71 Prozent, in Belgien von 35 Prozent, in Dänemark von 30 Prozent, in den Niederlanden von 26 Prozent und in der Schweiz von 22 Prozent. Für den Freistaat Irland beträgt die Steigerung sogar 199 Prozent. Teilweise ist die Steigerung allerdings auf die Aenderung der Statistik zurückzuführen. Der Zuwachs der Arbeitslosen ist geringer in Oesterreich, in Finnland, in Frankreich, in Großbritannien, in Italien, in Neuseeland, in Norwegen, im Saargebiet und in der freien Stadt Danzig. Eine Berringerung der Arbeitslosigkeit ist festzustellen in Deutschland, Australien, Kanada und Polen.

Wenn man den Hundertsatz der Arbeitslosen ermittelt, so ergibt sich eine Arbeitslosigkeit von 33 Prozent in Deutschland, 32 Prozent in Oesterreich und 23 Prozent in Großbritannien. In der freiwilligen Arbeitslosenversicherung wurden 43 Prozent Arbeitslose in Dänemark, 38 Prozent in den Niederlanden, 25 Prozent in der Schweiz, 22 Prozent in Belgien und 21 Prozent in der Tschechoslowakei festgestellt. In den Vereinigten Staaten beträgt der Hundertsatz der Arbeitslosen auf Grund der gewerkschaftlichen Statistiken 34 Prozent. Die American Federation of Labour schätzt die Zahl der Arbeitslosen in U.S.A. auf rund 12 Millionen. — Obige Angaben lassen erkennen, daß die Arbeitslosigkeit der Welt nach wie vor das schwierigste Problem der Weltwirtschaft darstellt.

## Sozialversicherung und Volkswirtschaft.

Daß die Sozialversicherung in der Volkswirtschaft eine große Rolle spielt, dürfte allgemein bekannt sein. Die Einnahmen der Sozialversicherung in Deutschland betragen im Jahr 1932 rund 3,3 Milliarden Mark. Acht Zehntel aller Einnahmen stammen aus den Beiträgen. 53 bis 60 Prozent derselben werden von den Arbeitnehmern aufgebracht. Ein Zehntel leistet die öffentliche Hand in Form von Zuschüssen. Ebenfalls ein Zehntel der Einnahmen stammt aus Kapitalerträgen. Der größte Teil der Ausgaben der Sozialversicherung fließt in Form von persönlichen Leistungen und Verwaltungsausgaben (Barleistungen der Krankenkassen, Zuzahlungen, ferner Gehälter und Löhne usw.) wieder in das Einkommen zurück: 1929 waren es 3,4 Milliarden Mark, 1932 etwa 2,2 Milliarden Mark. Die Gelder für die Sachausgaben der Versicherung und ihrer Verwaltung, etwa ein Fünftel der Ausgaben, kommen fast ausschließlich der Erwerbswirtschaft zugute. Die Sozialversicherung tritt außerdem ständig als Bauherr auf. Für die Verflechtung mit dem Geld- und Kapitalmarkt sind bei der Sozialversicherung die Ueberflüsse oder Fehlbeiträge maßgebend. Das Vermögen der deutschen Sozialversicherung betrug Ende 1931 etwa 3,7 Milliarden Mark. — Diese Angaben bezeugen, in welcher Weise die Sozialversicherung in der deutschen Volkswirtschaft verankert ist. Es würde ein großes Chaos entstehen, wenn in diesem Verhältnis plötzlich eine grundsätzliche Aenderung vorgenommen würde. Gleichviel wie und von wem die Regierungsgewalt in Deutschland ausgeübt wird, kann an dem großen volkswirtschaftlichen Wert der Sozialversicherung nicht vorübergegangen werden. Was 50 Jahre organische Entwicklung unter ständiger Mitwirkung der Gewerkschaften aufgebaut haben, läßt sich nicht in einem Schlage beseitigen oder verändern.

## Finanzierung der Arbeitslosenhilfe 1933-34

Im Gegensatz zu der unübersichtlichen Bestaftung der Finanzbasis der Reichsarbeitslosenhilfe im Rechnungsjahr 1933 soll für 1933-34 eine klarere Lösung erstrebt werden. Als Grundzahl wurde eine Arbeitslosenziffer von 5 Millionen angenommen. Als durchschnittlicher monatlicher Unterstützungssatz ist bei der Aufstellung des Etats ein Betrag von 18 M. zugrunde gelegt worden. Diese Summe entspricht dem Durchschnitt der zur Zeit notwendigen Aufwendungen in der Arbeitslosenhilfe, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung; die Aufwendungen für die drei Gruppen betragen zur Zeit in der Ulu 44, Krü 52, Woku 42,50 M. Das durchschnittliche Monatsaufkommen der Beiträge zur Reichsanstalt wird für 1933-34 auf 90 Mill. (1932 auf 83,7 Mill.) Mark geschätzt. Das durchschnittliche Monatsaufkommen der Abgaben für die Arbeitslosenhilfe nach Abzug der Verwaltungsausgaben schätzt man auf 42 Mill. M. Der Gesamtbetrag der Reichsarbeitslosenhilfe, der nicht nur den Unterstützungsaufwand der Sozialbeiträge umfaßt, sondern auch die Ausgaben für die Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Kurzarbeiterunterstützung, den freiwilligen Arbeitsdienst und andere Maßnahmen zur Beruhigung und Beendigung der Arbeitslosigkeit, wird auf 2,4 Milliarden Mark angeätzt.

## Die Umgründung bei Mansfeld.

Die Mansfeld AG. für Bergbau- und Hüttenbetrieb befindet sich schon seit längerer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten. Die Ursache liegt in der Tatsache, daß die deutsche Kupfererzeugung zu sehr unter der ausländischen Konkurrenz zu leiden hat. Die Kupfer- und Silberpreise des Weltmarktes liegen weit unter Vorkriegspreisen, so daß es Mansfeld mit seinen verhältnismäßig schlechten Produktionsbedingungen nicht möglich war, trotz aller Selbstkostenenkung eine Rentabilität seiner Kupferbetriebe aufrechtzuerhalten. So kam es, daß die Gesellschaft schon 1930 ernstlich die Frage der Stilllegung erörterte. Die Stilllegung aber hätte rund 12 000 Menschen der Arbeitslosigkeit und der sozialen Verelendung überantwortet, da die Mansfeldgegend den Kupferbergleuten und den sonstigen Anwohnern keine andere wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeit zu bieten vermag. Das führte dazu, daß die Regierung ihrerseits mit Subventionen einprang. Es zeigt sich nun immer deutlicher, daß die Subventionierung des Kupferbergbaues nicht nur vorübergehend notwendig ist, sondern nach Lage der Situation auf dem Kupfermarkte wahrscheinlich dauernd aufrechterhalten werden muß, da die Privatgesellschaft nicht auf die Dauer den Verlust, der ohne Subventionierung unermesslich ist, tragen kann. Andererseits aber sagt sich der Staat, daß er in einem Unternehmen, in welches er dauernd Geld hineinsteckt, auch Kontroll- und Mitbestimmungsrecht haben muß. Es wurde deshalb nach einer Lösung gesucht, die bei weiterer Gewährung beträchtlicher Staatszuschüsse auch in stärkerem Maße als bisher den öffentlichen Interessen gerecht werden kann. So entschloß man sich zu einer **Zusammenfassung der gesamten kupfererzeugenden Haupt- und Nebenbetriebe — ohne das weiterverarbeitende Kupfer- und Messingwerk in Hettstedt — zu einer neuen Gesellschaft der Mansfelder Kupferschieferbergbau AG. in Eisleben.** Die neue Gesellschaft erhält also von der Mansfeld AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb die genannten Kupferunternehmen. Sie übernimmt als Gegenleistung von Mansfeld Bankschulden

in Höhe von etwa 5 Mill. M. (Ende 1931 betragen die Bankschulden der Gesellschaft 18,6 Mill. M.), ferner die Debitoren und Kreditoren der Kupferbetriebe, während das Aktienkapital von 6 Mill. M. zunächst ganz im Portefeuille von Mansfeld verbleibt.

Der Vorstand der Kupfergesellschaft besteht aus den bisher schon für die Leitung der Kupferbetriebe verantwortlichen Herren Generaldirektor Stahl und Direktor Dr. Ludwig als ordentlichen und Direktor Dr. Borcher als kaufmännischer Direktor Berger als stellvertretenden Mitgliedern.

In den aus elf Mitgliedern (außer den Betriebsratsvertretern) bestehenden Aufsichtsrat entsenden Reich und Staat sowie die Mansfeld AG. je fünf Vertreter, während den Vorjahren eine unparteiische Persönlichkeit führt.

Das gesamte, in den Kupferbetrieben beschäftigte Personal wird von der neuen Kupfergesellschaft zu den bisherigen Bedingungen übernommen.

Um wegen der Rückwirkung auf die öffentlichen Zuschüsse die Gewähr zu haben, daß bei der Betriebsführung die Selbstkosten möglichst niedrig, die Verkaufserlöse möglichst hoch gehalten werden, bleibt Mansfeld auch weiterhin an dem Ergebnis der Kupfergesellschaft insoweit interessiert, als es bei Uebernahme eines festgelegten Selbstkostenfalls je Tonne Kupfer einen variablen Kostenbeitrag zu zahlen hat, während umgekehrt Reich und Staat an Mansfeld eine Prämie vergüten, wenn dieser Selbstkostensatz unterschritten wird. Zum Ausgleich der Vorteile, welche für die übrigen Abteilungen der Mansfeld AG. durch die Weiterführung der Kupferbetriebe sich ergeben, zahlt Mansfeld an die Kupfergesellschaft einen jährlichen Zuschuß.

Im übrigen werden die Betriebsverluste der Kupfergesellschaft von Reich und Staat durch Zuschüsse gedeckt, die monatlich vorzuschussweise gezahlt und am Schluß der Vertragszeit auf Grund einer Gegenüberstellung von Selbstkosten und Erlösen endgültig festgestellt werden. Für Betriebsverbesserungen wird ein angemessener Betrag, der ungefähr dem Abschreibungsbedürfnis entspricht, für die Vertragszeit zur Verfügung gestellt.

**Die Leistungen im Arbeitsdienst**

1 Figur = 5000 beschäftigte Arbeitsdienst-Freiwillige

- Bodenverbesserung
- Verkehrsverbesserung
- Not- u. Winterhilfe und Sonstiges
- Maßnahmen zur Hebung der Volksgesundheit
- Herrichtung von Siedlungs- u. Kleingartenländen
- Forstarbeiten

Im Dezember 1932 einen für den Arbeitsdienst ungünstigen Monat wurden immer noch 6750 000 Tagewerke geleistet.

**Die Entwicklung des freiwilligen Arbeitsdienstes.**  
 Als im Juli 1932 der freiwillige Arbeitsdienst ein Jahr lang bestand, wurden weitere Mittel für den Ausbau bereitgestellt. Damals betrug die Zahl der Arbeitsdienstfreiwilligen etwa 100 000. Sie stieg dann auf 286 000 Anfang Dezember. Damit hatte etwa 1/4 der Arbeitslosen unter 25 Jahren (1 Million männliche und 400 000 weibliche) eine Beschäftigungsmöglichkeit gefunden. In welcher Weise die Arbeitsdienstfreiwilligen Beschäftigungen zum Nutzen des deutschen Volkes fanden, zeigt im einzelnen das Bild. Gegenüber dem ersten Jahre des freiwilligen Arbeitsdienstes wurden vor allem die Arbeitsleistungen zur Bodenverbesserung und zum Ausbau der Sandstrassen gesteigert, während die Tagewerke in den übrigen Tätigkeiten gleichblieben. Besonders beachtenswert ist der Arbeitsdienst im verflochtenen Winter zur Umräumung der Not- und Winterhütten. Hier konnten weibliche Arbeitsdienstfreiwillige eingesetzt werden.



